

Stiftung Ordnungspolitik Freiburg
Rede von Ministerpräsident Kurt Beck
(redigierte Fassung)

**„DIE KRISE UND DANACH:
VOM PRIMAT DER WIRTSCHAFT ZUM PRIMAT DES STAATES?“**

Freiburg, 20. April 2010

Sehr geehrter Herr Dr. Gerken,
sehr geehrter Herr Ehlers,
verehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung zu diesem Vortrag. Das Thema meiner Ausführungen „Die Krise und danach: vom Primat der Wirtschaft zum Primat des Staates?“ könnte man um die Frage ergänzen: Was muss passieren, damit nicht schon die nächste Krise vor der Haustür steht? Gerne trage ich einige Gedanken dazu vor – Gedanken, die vor allem auch dazu dienen sollen, unter Umständen vorhandene ideologische Gräben hinter uns zu lassen.

Überhaupt einen „Primat des Staates“ zu diskutieren, wäre uns vor einigen Jahren noch höchst widersinnig vorgekommen. Wir erinnern uns, dass die Wirtschaft 2006 und 2007 überdurchschnittlich wuchs. Wir erinnern uns an den Aufbau unseres Status’ als Exportweltmeister. Und wir erinnern uns daran, dass wir trotz der Wiedervereinigung – einer Herausforderung, die keine andere Volkswirtschaft in vergleichbarer Weise zu bewältigen hatte – wieder hervorragende Haushaltszahlen vorlegen konnten. Das Ergebnis waren sichtlich zufriedene Manager und Anleger, Börsenstars in Feierlaune und sprudelnde Steuereinnahmen. Wer zu dieser Zeit nach dem Staat gerufen hätte, wäre des ausgeprägten Pessimismus beschuldigt worden.

Seitdem hat sich viel geändert, staatliches Handeln ist wieder gefragt.

Der Staat ist für jeden real. Er zeigt sich zum Beispiel als Anbieter von Kindergärten und Schulen, von Polizei und Sicherheit, von Straßen und anderer öffentlicher Infrastruktur. Und er ist uns im Bewusstsein als Fordernder, wenn es zum Beispiel um Steuern und Abgaben sowie um die Einhaltung von Gesetzen geht.

Doch ich glaube, dass wir uns einig sind, dass der Staat mehr ist als Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsgewalt – diese drei Komponenten sollen ihn zusammenfassen und halten. Der große Soziologe, Rechts- und Verwaltungswissenschaftler Niklas Luhmann, von 1962 bis 1965 übrigens Referent am Forschungsinstitut der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, verwendet den Begriff „Staat“ nur in Anführungszeichen. Nach Luhmann ist ein Staat die Organisation eines politischen Systems zur Selbstbeschreibung dieses Systems, mithin also ein Begriff, eine semantische Einrichtung. Der Staat kann als die Hülle für das politische Gesamtgefüge gesehen werden. Deshalb werden die Begriffe „Staat“ und „Politik“ auch häufig gleichgesetzt, zumindest was die Legislative und die Exekutive der Staatsgewalt anbetrifft. Die Vorstellung, was den Staat letztendlich ausmacht, variiert von Betrachter zu Betrachter und von Gegenstand zu Gegenstand. Die volkswirtschaftliche Definition, wonach ein Staat ein hoheitlich tätiges Wirtschaftssubjekt ist, ist jedoch aus meiner Sicht keinesfalls umfassend.

Zur Wirtschaft: Hier sind die Definitionsansätze umfassender. Man bezeichnet die Wirtschaft als „Gesamtheit menschlichen Handelns und der dazu benötigten Werkzeuge und Einrichtungen zur Befriedigung von Bedürfnissen.“

Max Weber unterteilt seine Definition von Wirtschaft in erstens ein Bedürfnis, zweitens in einen angenommenen knappen Vorrat von Mitteln und Handlungen zur Deckung dieses Bedürfnisses und drittens in ein dementsprechend spezifisches Verhalten.

Die Wirtschaftspolitik, die sich daraus wiederum ergibt, hängt von der Rolle des Staates und der ihm zugestandenen Eingriffe in die ökonomischen Abläufe ab. Entsprechend unterscheiden wir die Wirtschaftssysteme in freie Marktwirtschaft, Planwirtschaft und die in unserem Land praktizierte soziale Marktwirtschaft.

Das Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“

Ludwig Erhard gilt als „Vater der sozialen Marktwirtschaft“. Mit ihm wird das Wirtschaftswunder, also der wirtschaftliche Aufschwung nach den furchtbaren Erfahrungen des Krieges und der Nazidiktatur, in Verbindung gebracht. Alle Parteien sowie wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen berufen sich heute auf dieses Konzept, meinen dabei aber durchaus Verschiedenes. Da stellt sich die Frage: Gab es oder gibt es „die eine“ Definition von sozialer Marktwirtschaft, gibt es „die“ soziale Marktwirtschaft? Der sozialen Marktwirtschaft liegt der Wettbewerb in Verbindung mit marktkonformer Konjunkturpolitik und wohlfahrtsstaatlichen

Maßnahmen zugrunde. Doch über die Gewichtung und Ausgestaltung dieser Elemente gab es schon bei der konzeptionellen Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft unterschiedliche Ansätze und Ansichten.

Dies erkennt vor allem, wer die geistigen Urheber des Wirtschaftskonzeptes miteinander vergleicht. Die Ordnungspolitik, so wie sie der hier an der Freiburger Universität lehrende Walter Eucken verstand, sieht in einem starken Staat das entscheidende Regulativ für die wirtschaftlichen Prozesse. Doch dieser Staat soll nur eine wirtschaftliche Ordnung vorgeben und Regeln aufstellen für Markt und Wettbewerb. Offene Märkte, freie Preisgestaltung, Vertragsfreiheit, Preisstabilität und das Haftungsprinzip – auf Letzteres komme ich noch mal zurück – waren für Eucken entscheidend. Seine Vorstellung war es, dass Wettbewerb dauerhafte Vollbeschäftigung bringt und aus sich heraus zu einer gerechten Verteilung des Sozialprodukts führt. Deshalb sei, so Professor Eucken, Konjunkturpolitik unnütz und Sozialpolitik allenfalls rudimentär notwendig - Ordnungspolitik also und keine Sozialpolitik, mit der der Staat unmittelbar lenkend in das Wirtschaftsgeschehen eingreift.

Dem gegenüber vertrat der Nationalökonom Alfred Müller-Armack die Ansicht, dass der Staat sozial blind sei und Arbeitslosigkeit nicht verhindere, sondern hervorrufe. Er wies dem Staat auch die Aufgabe zu, sozialen Spannungen entgegenzuwirken und damit den sozialen Frieden zu sichern. Deshalb verlangte er Konjunktur- und Sozialpolitik als Ergänzung eines gesicherten Wettbewerbs. Als späterer Leiter der Grundsatzabteilung und Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft war Professor Müller-Armack ein enger Mitarbeiter Ludwig Erhards.

Professor Volker Hentschel, Autor der Biografie „Ludwig Erhard – ein Politikerleben“, kommt bei der Einordnung des Wirtschaftspolitikers Erhard zu folgendem Schluss, ich zitiere: „Erhard ist jenseits der politischen Rhetorik immer mehr ein ‚Ordoliberaler‘ Eucken’scher Herkunft als ein ‚Sozialer Marktwirtschaftler‘ im gedanklichen Fahrwasser Müller-Armacks gewesen.“ Bei der Frage nach Theorie und Praxis zieht Hentschel folgendes interessante Resümee, ich zitiere wieder: „Als Ordoliberaler hätte er die Hypo Real Estate und Opel insolvent werden lassen müssen. Aber Erhard war ein ordoliberaler Politiker. Und als Politiker hätte Erhard danach getrachtet, die Unternehmen zu erhalten.“

Für mich, als jemand der mit einem Opel-Standort zu tun hat, ist das eine ganz spannende Einschätzung von grundsätzlichen Prinzipien und politischer Wirklichkeit.

Das Fazit lautet also: Es gibt nicht „die“ soziale Marktwirtschaft. Sowohl in der theoretischen Fundierung als auch in der praktischen Ausgestaltung war und ist sie

mehr ein pragmatischer Politikstil als ein starres Konzept. Hierunter lassen sich ordnungspolitische Tugenden genauso fassen wie Ansatzpunkte für eine Globalsteuerung nach dem Stabilitätsgesetz. Und diese Tatsache macht es auch möglich, dass sich so viele unter ihrem begrifflichen Schirm vereinen.

Eine Betrachtung des Verhältnisses von Wirtschaft und Staat im Zuge der Globalisierung

Wer das Verhältnis von Staat und Wirtschaft, das bis zur Krise kennzeichnend war, verstehen will, muss nach meiner Meinung zurückgehen auf die 80er Jahre. Damals vollzogen in Großbritannien und in den USA die führenden politischen Kräfte so etwas wie einen Systemwechsel hin zu einem neuen anglo-amerikanischen Kapitalismus. Das Stichwort lautete „Deregulierung“. Wir erinnern uns an den sogenannten „Big Bang“, mit dem Margret Thatcher der Londoner City entsprechende Freiräume verschaffte. Von Ronald Reagan stammt der Satz: „Der Staat ist nicht die Lösung für unser Problem, der Staat ist das Problem.“ Staatliche Steuerungsmechanismen wurden abgeschafft, eine sich frei entfaltende Marktwirtschaft erhielt nicht nur den Vorzug, sondern bekam quasi auch den Status einer Omnipotenz.

Dieses minimalistische Staatsverständnis in den USA und in Großbritannien in den 80er Jahren war zunächst nur für die Innenpolitik dieser Staaten gedacht. Doch mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Staaten lieferte es die Blaupause für die Globalisierung der 90er Jahre und der ersten Dekade dieses Jahrhunderts. Diesem Wirtschaftsliberalismus ging es darum, neue Märkte für Produkte zu erschließen und Investoren zu Finanztransaktionen rund um den Globus zu bewegen. Der vorgefundene Wirtschaftsmechanismus wurde entweder liberalisiert, wie z. B. in den vormals kommunistischen Staaten, oder aber unreglementiert gelassen. Überdimensionierte Weltkonzerne entstanden in dieser Zeit, Bankenimperien genauso wie Waren- und Dienstleistungs-Global-Player. Dies alles geschah nicht störungsfrei, wie wir wissen. Und manche wären nach einiger Zeit froh gewesen, wenn sie den Weg zumindest vorsichtiger gegangen wären, darunter auch sogenannte „Flaggschiff-Unternehmen“ der deutschen Wirtschaft.

Wir haben, meine Damen und Herren, während wir über die jetzige Finanzkrise reden, fast vergessen, dass wir in den 90er Jahren weltweit eine Aneinanderreihung regionaler Finanz- und Wirtschaftskrisen hatten. Ich erinnere an die Währungskrise in Asien in den Jahren 1997/1998. Ich hatte in dieser Zeit Gelegenheit, in Japan unterwegs zu sein und konnte direkt erfahren, wie viel Unsicherheit es in Asien gab. Und ich erinnere an die Rubelkrise in Russland im Jahr 1998. Dort war man am Rande

der Staatspleite. Ich erinnere an die Verschuldungskrise in lateinamerikanischen Staaten, insbesondere an den Staatsbankrott Argentiniens, in den Jahren 2001 und 2002.

Man kann jetzt fragen: Was hat das mit dem Staatsverständnis zu tun?

In dem Maße, wie deregulierte Märkte den Welthandel beförderten, wurde bei uns die Regulierung in Frage gestellt: Warum sollten hier unregulierte, unkontrollierte Finanzinstrumente nicht möglich sein, wo sie doch in der ganzen Welt wunderbar funktionierten? Warum sollten nicht öffentliche Güter privatisiert werden, wenn sich doch daraus Einnahmen für die öffentliche Hand erzielen ließen und die Privatwirtschaft es sowieso besser konnte? Warum sollten hiesige Arbeitnehmer fortwährend höhere Löhne erhalten, wenn doch die Produktion überall in der Welt kostengünstiger zu haben war?

Die Unternehmen suchten sich weltweit günstigere Standorte und in Deutschland wurde in Bezug auf die Regulierung der Staat zurückgedrängt. Ich muss sagen: Er ließ sich auch zurückdrängen. Einwendungen dagegen galten als zukunftsfeindlich und rückwärtsgewandt. Und zwangsläufig war damit auch impliziert, es sei wohlstandsgefährdend, einen anderen Kurs einzuschlagen. Wer wollte schon Arbeitsplätze in Deutschland gefährden? Wer wollte den hiesigen Banken und Unternehmen Verluste zumuten? Und wer schaute hinter die Kredithebel der Finanzindustrie, die dafür sorgten, dass sich Pump immer weiter mit Pump finanzieren ließ?

Doch es gab auch in Zeiten dieses Mainstreams die Ungläubigen und Zauderer, die Seismologen der Finanz- und Volkswirtschaftswissenschaften. Es waren diejenigen, die davor warnten, dass rasant steigende Immobilienpreise auf der einen und eine höhere Verschuldung auf der anderen Seite eine Blase zum Platzen bringen könnten. Dazu zählten Institutionen wie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die ganz hier in der Nähe, in Basel, sitzt, oder aber Wirtschaftswissenschaftler und Politikberater wie Nouriel Roubini von der New York University. Sie machten die waghalsigen Instrumente für Verbriefungen und Fremdkapitalfinanzierungen und die dahinterstehenden Risiken zum Thema. Es wurden darauf durchaus vorsichtige Reaktionen versucht: Ich erinnere, dass das Thema Finanzmarktregulierung auf Betreiben der deutschen Bundesregierung und des damaligen Bundesfinanzministers auf die Tagesordnung des G8-Gipfels in Heiligendamm gesetzt wurde - allerdings mit wenig Erfolg und mit einer sehr wagen Vereinbarung, man werde zu einem späteren Zeitpunkt darauf zurückkommen. Also: Die kritischen Stimmen gab es, aber sie wurden nicht so wahrgenommen, wie es nötig gewesen wäre.

Die Rolle des Staates in der Finanzkrise

Das war der Zeitpunkt, an dem die Krise einsetzte. Sie fand zwar bei uns keine völlig deregulierten Märkte vor, aber doch genügend Schlupflöcher. Und ich muss hinzufügen: Diese Schlupflöcher sind zustande gekommen trotz eigentlich gutgemeinter Anliegen und hoher Sorgfalt. Zumindest waren die sogenannten „Zweckgesellschaften“, in denen Banken Risiken in Milliardenhöhe völlig unkontrolliert auslagern konnten, nicht in einem breiteren politischen Bewusstsein. Das gleiche galt für die enormen Hebelsätze bei verbrieften Finanzprodukten.

Die Schieflage, in die die Geldinstitute ab 2007 kamen, verbreitete sich schnell über die Kontinente. Die Annahme, die Verluste seien in erster Linie ein amerikanisches Problem, trug nicht sehr lange, ebenso wie die Hoffnung, sie blieben im Bereich der Finanzwirtschaft und würden die Realwirtschaft nicht erreichen.

Die Krise wurde in Deutschland als erstes sichtbar bei den Schieflagen der IKB, der Sachsen LB und weiteren Landesbanken. Der Grund dafür war weniger die Tatsache, dass es sich um öffentliche Banken handelte, als vielmehr, dass sie ein fehlendes und tragfähiges Geschäftsmodell durch risikoreiche Kapitalmarktgeschäfte ersetzen.

Ich denke, die Entwicklung zeigt, dass die Entscheidung des Jahres 1993 richtig war, die Landesbank Rheinland-Pfalz - damals noch für 750 Millionen D-Mark - zu veräußern. Wir haben den Erlös langfristig angelegt – in eine Kapitalausstattung in Höhe von 500 Millionen D-Mark für eine neu gegründete Investitions- und Strukturbank und in zwei Stiftungen, die mit 250 Millionen D-Mark einen Grundstein bildeten für die Kultur- und Innovationsförderung in Rheinland-Pfalz. Gerade die Investitions- und Strukturbank war in der Krise für uns ein wichtiges Instrument der Stabilisierung, dazu später noch mehr. Sicherlich konnte man Anfang der 90er Jahre die heutigen Entwicklungen nicht voraussehen – aber die kritische Einschätzung in Bezug auf eine relevante Größenordnung und ein rentables und krisenresistentes Geschäftsmodell für eine Landesbank hat immerhin dazu geführt, eine weitsichtige Entscheidung zu treffen.

Ich komme zurück zu der Situation zwischen März und September 2008. Es wurden in dieser Zeit acht amerikanische große Finanzinstitute zahlungsunfähig, darunter auch Lehman Brothers und fünf weitere allein im September 2008. Die amerikanische Regierung nahm den Zusammenbruch von Lehman Brothers bewusst in Kauf: Man wollte damit signalisieren, dass man nicht bereit sei, alles wieder geradezubiegen, was vom Finanzsektor an Risiken eingegangen worden war. Wir erlebten daraufhin die Auswirkungen der Verflechtungen der internationalen Finanzmärkte und waren schnell auch in Europa betroffen: Zwischen Juli 2007 und

Februar 2009 gerieten in zehn Ländern Europas über zwanzig Banken in Not und wurden von Staaten gerettet. Wir alle erinnern uns an die Menschen, die in anderen Ländern vor Bankfilialen Schlange standen, weil sie ihr Geld abheben wollten. Es dauerte einige Wochen, bis die Finanzwirtschaft eingestand, dass in den Banken und in der gesamten Finanzwirtschaft die Risikokontrolle versagt hatte. Und wir erlebten dann hohe Abschreibungen auf Wertpapiere in den Büchern von Investoren und den Zusammenbruch des Vertrauens auf dem Interbankenmarkt. Marktteilnehmer liehen sich untereinander kein Geld mehr, schließlich hing die Kreditvergabe an den Notenbanken, die die Kreditlinien immer weiter ausdehnten und Milliardensummen in die Märkte pumpeten. Es hieß: „Es gibt kein Vertrauen mehr in den Märkten und ohne Vertrauen leiht man sich nichts mehr.“

Das ist bekanntlich der Anfang vom Kollaps einer Volkswirtschaft. Die Frage war, wie lange die Bankkunden ihr Geld noch sicher glaubten. So musste die größte amerikanische Sparkasse schließen, auch weil ihr zu hohe Geldabflüsse zum Verhängnis wurden. Die Welt glich einem Pulverfass. Man kann es nicht anders sagen: Ein einziger Funken, eine einzige Spekulation über eine weitere Großbank, die sich verzockt hatte, hätte ausreichen können, um ein unglaubliches Chaos herbeizuführen.

Das war die Situation im Herbst 2008. Und ich erinnere mich, und das für den Rest meines Lebens, an die Stunden, die wir im Kanzleramt zusammen saßen und über die Frage berieten: Können wir die Garantie für einen Bankenschirm über fast 500 Milliarden Euro übernehmen? Auch die Länder der Bundesrepublik mussten dazu ja ihren Teil beitragen. Es waren dies Momente, die man sich zuvor nicht hätte vorstellen können - und sie bedurften vieler Entscheidungen, ohne dass letztendlich schon eine abschließende Analyse vorlag. Und hier bin ich bei der Verantwortung des Staates: Ich glaube, es war richtig, neben dem Bankenrettungsschirm auch den Schirm für die privaten Einlagen aufzuspannen, um das Vertrauen der breiten Mehrheit der Bevölkerung zu stabilisieren.

Am 5. Oktober 2008, an einem Sonntagnachmittag, gingen die Bundeskanzlerin und der Finanzminister vor die Presse. Ich zitiere die 17 Worte der Kanzlerin und die Ergänzung des Finanzministers, weil ich glaube, dass es zur richtigen Zeit notwendige und deshalb auch historische Worte gewesen sind. Die Kanzlerin verkündete: „Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind. Auch dafür steht die Bundesregierung ein.“ Und Peer Steinbrück ergänzte: „ ... dass die Sparerinnen und Sparer in Deutschland nicht befürchten müssen, einen Euro ihrer Einlagen zu verlieren.“

Das war ein mutiges Wort, wenn man die Größenordnungen vor Augen hat: Denn die Regierung hatte damit eine Komplettdarstellung für Spar-, Sicht-, Termineinlagen und Sparbriefe inländischer Privatpersonen in Aussicht gestellt – in Summe für 1.477 Mrd. Euro. Was zählte war die Tatsache, dass das Chaos ausblieb; ja, dass die Menschen mit einer relativen Gelassenheit die Auswirkungen der Krise annahmen. Das Gefühl gewann Oberhand: „Es wird weitergehen.“ Ich finde, das ist ein Beleg für ein wertvolles Vertrauen in den Staat. Und ich finde, dass wir uns der Bedeutung eines solchen Vertrauens bewusst bleiben müssen. Und man darf schlussfolgern: Der Staat ist ein solides Fundament und er trägt auch in schwieriger Zeit. Wenn jemals ein Bild gebraucht wird, um das Selbstverständnis, die Zuschreibung und die daraus resultierende „Macht“ – ganz bewusst in Anführungszeichen gesetzt – eines Staates zu belegen, dann sind es sicherlich diese Aussagen und die damit verbundenen Garantien. Dass es bei den Worten natürlich nicht bleiben konnte, war auch allen klar. Ich habe eben die Gespräche über den Bankenshield angesprochen. Es wurde der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung – unter dem Kürzel SoFFin jetzt in aller Munde – geschaffen. Solche Maßnahmen gaben dem Staat in der Krise die Regelungsautorität zurück - teuer erkaufte, meine Damen und Herren, das muss man hinzufügen.

In allen anderen betroffenen Wirtschaftsnationen gab es im Übrigen ähnliche Maßnahmen und ausgerechnet in den Ländern, die einst für den sogenannten anglo-amerikanischen Kapitalismus standen, wurden die direktesten Eingriffe vorgenommen. In Großbritannien flossen Milliarden in die großen Geldhäuser – die Royal Bank of Scotland beispielsweise gehört jetzt zu 84 Prozent dem britischen Staat, die Lloyds Banking Group zu 43 Prozent. Damit wurden große Banken quasi verstaatlicht. Und in den USA bestellte Finanzminister Hank Paulson die Chefs der Großbanken zu sich und gab ihnen 24 Stunden Bedenkzeit, um staatlichen Kapitaleinlagen zuzustimmen, was sie dann auch schriftlich taten. Wenn wir so in Deutschland vorgegangen wären, hätten wir eine breite Diskussion über „Sozialismus“ führen müssen. Zumal wenn wir dann auch noch sehen, dass in anderen Ländern mit der Kapitalzufuhr eine Beschränkung der Gehälter und die Bestellung staatlich entsandter Aufsichtsräte einhergingen.

Ich bin nicht unglücklich, dass das bei uns in einer, wie ich finde, „indirekteren Weise“ geschehen ist und wir trotzdem in der Krisensituation einen „starken Staat“ hatten. Doch auch die deutschen Aktionen zur Stabilisierung des Finanz- und Wirtschaftssystems hatten insgesamt einen hohen Eingriffscharakter in das marktwirtschaftliche Ordnungssystem, sie wurden zum Teil ja auch von Banken und Wirtschaft gefordert. Selbst der Ordoliberalismus sagt bei der Frage nach der Gestaltung der wirtschaftlichen Ordnung, dass der Staat ein starker Staat sein muss.

Er soll die Entstehung wirtschaftlicher Machtpositionen verhindern und Handlungen vorhersehbar machen, um einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen. Nur - das würde ich gerne hinzufügen - darf ein starker, vorhersehbar handelnder Staat nicht so definiert werden, dass er nur für das Versprechen steht, die Scherben zusammenzukehren und gescheiterte Modelle zu heilen. Sprich: Der Staat würde als Anker, als Retter der letzten Instanz zu einem schwachen Staat degradiert, würde er nicht bei Bedarf auch vorher in Prozesse eingreifen können. Dazu zählen staatliche Kontrollmechanismen wie die Bankenaufsicht ebenso wie Vorgaben für funktionsfähige Eigenkontrollen. All denjenigen, die in den bisherigen Rettungsaktionen für die Finanzinstitute und in den Hilfsprogrammen für die Wirtschaft einen ideologisch begründeten Staatsdirigismus erkennen wollen, möchte ich entgegenen, dass ich in Deutschland keine vernünftigen Kräfte sehe, die solchen „Allmachtsphantasien“ anhängen. Aber ich sehe die Notwendigkeit, dass wir vorsorgend Instrumente entwickeln, die zumindest das Wiederholungsrisiko einer solchen Krise minimieren.

Reaktionen der Landespolitik auf die Krise

Gegen die Krise wurde bisher nicht nur auf Bundesebene gehandelt, sondern auch in den Ländern und gemeinsam mit den Kommunen. Wie das Land Rheinland-Pfalz versucht hat, seinen Beitrag zu einer Stabilisierung der aus der Finanzkrise entstehenden Wirtschaftsprobleme zu leisten, will ich an einigen Punkten verdeutlichen.

Wir haben in Rheinland-Pfalz rund 180.000 Unternehmen, davon sind fast alle dem Mittelstand zuzurechnen. Deren Handlungsfähigkeit gilt es zu unterstützen. Dazu haben wir unser Bürgschaftsinstrumentarium von 400 Millionen auf 1,2 Milliarden Euro erhöht. Das halte ich für vertretbar. Wir haben in normalen Zeiten ein Bürgschaftsausfallrisiko von etwa zwei Prozent. Wenn man jetzt in der Krise eine Verdreifachung dieses Risikos unterstellt, befinden wir uns immer noch in Dimensionen, die für einen Landeshaushalt absolut beherrschbar sind und keine unzulässigen Risiken für den Steuerzahler darstellen.

Des Weiteren habe ich eine Task Force ins Leben gerufen, bestehend aus Vertretern unserer Investitions- und Strukturbank und des Wirtschaftsministeriums. Diese Gruppe arbeitet mit der Garantie, dass innerhalb von zehn Bankentagen ein durch die Wirtschaftskrise in finanzielle Schwierigkeiten geratenes Unternehmen nach Prüfung Unterstützung in Form von Liquiditätshilfen und Bürgschaften erhalten kann. Bisher haben über 600 Unternehmen unseres Landes davon in unterschiedlicher Weise und

Intensität Gebrauch gemacht. Dies hat sicherlich mit dazu geführt, dass wir gemessen an der gesamtdeutschen Entwicklung unterdurchschnittliche Insolvenzanmeldungen hatten. Zugleich helfen wir bei Neugründungen, was sich im Saldo in einer Zunahme an Unternehmensgründungen in Höhe von 5,3 Prozent zeigte.

Und wir haben durch das Konjunkturpaket II, zusammen mit den Kommunen und den Kirchen als wichtige Träger öffentlicher Einrichtungen, bisher rund 2.600 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 831 Mio. Euro gefördert. Dies sind rund 250 Millionen Euro mehr, als ursprünglich an Bundes- und Ländermitteln vorgesehen waren. Über diesen Betrag haben wir an die Kommunen Kredite für ihren Eigenanteil vergeben.

Gleichzeitig helfen wir mit Kurzarbeit, Outplacement-Beratungen und Schulungen den Beschäftigten. Ich begrüße ausdrücklich die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes durch den Bund, was ja auch bedeutet, dass er bereit ist, Sozialversicherungsbeiträge zu übernehmen.

Ich habe in Rheinland-Pfalz zur Umsetzung des Konjunkturpaketes II einen „Pakt für Rheinland-Pfalz“ gegründet, um ein Forum zu haben, in dem Vertreter der Finanzwirtschaft, der Unternehmen, aber auch der öffentlichen Auftraggeber, der Kirchen und der Sozialverbände sich in dieser schwierigen Situation besprechen und abstimmen können. Ich denke, der Rückgang der Arbeitslosigkeit auf jetzt 6,2 Prozent gibt uns recht, dass es die Mühe lohnt, sich zu verständigen. Dabei ist unsere Wirtschaft, ähnlich derjenigen von Baden-Württemberg, sehr exportabhängig. Und so hoffen wir, ähnlich wie Sie in Ihrem Bundesland, dass uns der Export auch wieder schneller aus der Krise hilft.

Die Folgen der Krise: Konsolidierung und Regulierungsbedarf

Ich glaube, dass staatliches Handeln in der Krise unverzichtbar war, dass jetzt aber auch die daraus resultierenden Folgen nicht unterschätzt werden dürfen. Wir haben eine gigantische Herausforderung, was die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte angeht. Das gilt für den Bund genauso wie für die Länder und für die kommunale Ebene. Dieser Aufgabe müssen wir uns stellen. Ich sehe deshalb keine Spielräume, um Steuersätze zu senken. Wir brauchen eine feste Einnahmenbasis, weil wir auf verschiedensten Gebieten wichtige Vorhaben beschlossen haben. Dazu zählt eine Steigerung der Bildungsausgaben auf zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes im Rahmen der Lissabon-Strategie der Europäischen Union. Dazu zählt auch die Schuldenbremse mit der Begrenzung der Nettoneuverschuldung – auf Bundesebene

bereits 2016, auf Länderebene im Jahr 2020. Wenn uns aber die Einnahmenbasis für solche Vorhaben fehlt, werden wir sie nicht realisieren können – weder Bund, noch Länder. Dabei sind die Spielräume für Einsparungen gering, was man in Rheinland-Pfalz schon an den Personalkosten für 40.000 Lehrer, 9.000 Polizisten, für die Beschäftigten in den Hochschulen und in der Justiz sehen kann.

Deshalb brauchen wir finanz- und steuerpolitische Stabilität und Klarheit für die nächsten Jahre. Denn ohne Zweifel werden die finanzpolitischen Anstrengungen, die der Staat im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise unternommen hat, jetzt eine Phase der Konsolidierung der staatlichen Haushalte nach sich ziehen müssen.

Und auf der anderen Seite gibt es expliziten Regelungsbedarf, der darauf hinauslaufen muss, die Finanzakteure stärker in die Verantwortung für ihr Tun einzubeziehen. Dazu zähle ich zum Beispiel eine Bankenabgabe, mit deren Hilfe wir einen Notfallfonds aufbauen. Dass wir dabei auch berücksichtigen müssen, dass nicht die Kredite für wenig risikoreiche Geschäfte - wie zum Beispiel für die Mittelstandsfinanzierung - zu sehr verteuert werden, versteht sich von selbst. Und ich finde, auch höhere Eigenkapitalanforderungen für risikoreiche Geschäfte und ein höherer Selbstbehalt der Banken sollten ebenso selbstverständliche Konsequenzen sein. Dabei müssen wir die internationale Abstimmung im Kreis der G20-Staaten intensivieren und beschleunigen. Für meine Begriffe müsste und könnte es schneller gehen bei der Formulierung gemeinsamer Standards. Ebenso ist die Rolle der Rating-Agenturen kritisch zu hinterfragen. Mich macht schon nachdenklich, dass sie Banken bewerteten, bei denen sie als Berater mit im Boot waren und mit der Bewertung über deren Refinanzierungsmöglichkeiten entschieden. Und wenn dann amerikanische Rating-Agenturen europäische mittelständische oder auch Großunternehmen bewerten, dann kann das natürlich dazu führen, dass Besonderheiten wie Nachhaltigkeit, soziale Stabilität oder auch Weiterbildung nicht genügend gewürdigt werden.

Außerdem glaube ich, dass wir die Anreizsysteme bei den Gehältern verändern müssen. Auch unter Wirtschaftswissenschaftlern und Managern selbst gibt es eine sehr interessante Diskussion darüber, ob hohe Gehaltsanteile erfolgsabhängig bleiben sollten. Die Boni-Unkultur, die jetzt schon wieder an der Wall Street und anderen Orten um sich greift, halte ich für nicht nachvollziehbar: Wer meint, er muss trotz der mittlerweile anerkannten systemischen Gefahr solcher Gehaltsbestandteile diese Unsummen zahlen, sollte es nicht zu einem Löwenanteil aus der Tasche des Steuerzahlers tun. Der amerikanische Präsident hat diesen Punkt mutig aufgegriffen und ich hoffe, dass er für seine Vorschläge international Unterstützung findet.

Ich habe schon angekündigt, noch einmal auf Walter Eucken zurückkommen zu wollen. Eine seiner Grundaussagen war, dass es nicht nur Bonus-, sondern auch

Haftungssysteme geben und auch ein Malus möglich sein muss. Dabei sollten Unternehmen Zeichen setzen. So haben die obersten Führungskräfte der BASF AG, einschließlich des Vorstandes, im letzten Jahr auf Gehaltserhöhungen freiwillig verzichtet und sie waren überproportional von den geringeren Boni betroffen, die sich aus der geringeren Gesamtkapitalrendite ergaben. Dagegen halte ich es für nicht vertretbar, wenn selbst bei großen Managementfehlern noch Boni gezahlt werden, nachdem man sich vorher gegen Haftungsrisiken auf Kosten des Unternehmens versichert hatte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir haben noch viele Hausaufgaben zu erledigen. „Die Krise und danach“ heißt es am Anfang meines Vortragsthemas – ich denke, von einem „danach“ sind wir noch weit entfernt. Umso mehr beobachte ich mit Sorge, dass viele Akteure wieder in Verhaltensweisen zurückfallen, die uns die Krise bescherten. Das kann so nicht sein! Unser Gemeinwesen wird einen solchen Crash nicht noch einmal unbeschadet überstehen.

Und was mir am wichtigsten erscheint, ist, dass wir über eine Ethik im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handeln sprechen müssen. Ich habe vor dreieinhalb Jahren bei einem Vortrag in Berlin über den „ehrbaren Kaufmann“ geredet. Das war vor der Krise und nicht wenige fanden das Bild höchst amüsan: Wie könne man denn so dumm sein, nicht alles, was man kriegen könne, auch mitzunehmen? Und so wurde dann ja auch gehandelt. Daher finde ich es an der Zeit, über Ethik und über Verantwortung zu reden - mit Ruhe, aber im klaren Bewusstsein, dass man im beruflichen und gesellschaftlichen Umfeld mit seinem Tun auch eine Verantwortung für das Gemeinwesen hat und sie wahrnehmen muss.

Und deshalb komme ich abschließend zu der Schlussfolgerung, dass sich die Frage, ob wir jetzt vom Primat der Wirtschaft zum Primat der Politik wechseln, de facto nicht stellt, wenn jeder bereit ist, für sein Handeln Verantwortung zu übernehmen und dem Staat die Regelungskompetenz zuzubilligen, die er haben muss, um das Bestehen des Systems zu gewährleisten.

Vielen herzlichen Dank.